

Der neue japanische Botschafter beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat Dienstag den neuernannten Kaiserlich Japanischen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter Kunitaro Honda zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens und des Abberufungsschreibens des bisherigen Kaiserlich Japanischen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafters Eki Shioji empfangen. Bei dem Empfang war der Reichsminister des Auswärtigen, Stresemann, anwesend.

Der Botschafter hält eine Ansprache, in der er u. a. sagt, daß es sein ständiges und ausschließliche Ziel sein wird, die Festigung und Entwicklung des Freihandels- und Freundschaftsverhältnisses zwischen den beiden Nationen zu fördern. Der Reichspräsident antwortete, daß die Annahme der beiden Völker auf geistigem Gebiete bereits durch Bewegung deutscher Gelehrter nach Japan und durch die Entwicklung japanischer Studenten und Beamten zu Studienzwecken nach Deutschland wesentlich gefördert worden sei, daß aber auch, wie er hoffe, die Handels- und wirtschaftlichen Beziehungen die übliche auf Gegenseitigkeit gegründete vertragliche Grundlage finden werden.

Kleine politische Meldungen.

Reichshaushalt für 1924. Erhöhung der Beamtengehälter ab 1. April. Der Haushaltsschluß des Reichstages befahlte sich in seiner Donnerstagssitzung mit der vorläufigen Regelung des Reichshaushalts für 1924. Die Ausgaben beantragen im ordentlichen Etat etwa 5 Milliarden Goldmark, im außerordentlichen Etat etwa 130 Millionen Goldmark, die Ausführung des Vertrages von Versailles erfordert 640 Millionen Goldmark.

Zur Frage der Beamtengehälter teilte ein Regierungsvorsteher mit, daß die Beamtengehälter wohl Anfang April anlässlich der Wiedereinführung erhöht werden würden.

Die Sanierung nach österreichischem Muster. Der Leiter der Wirtschaftsabteilung des Volksverbands, Sir Arthur Salter, hatte auf Grund seines schriftlichen Berichtes über die Sanierung Österreichs mit dem Komitee Davies eine Unterredung. Er erklärt Davies zufolge, daß man, was Deutschland angeht, der Zukunft mit Vertrauen entgegensehen könnte, falls zu seinen Gunsten etwas gleichartiges wie in Österreich durchgeführt werden sollte.

Neuer russisch-japanischer Zwischenfall. Wie der Reuter-Agentur aus Tokio mitgeteilt wird, hat sich zwischen Russland und Japan ein ernster diplomatischer Zwischenfall ereignet. Der japanische Außenminister hatte eine Nachricht aus Wladiwostok erhalten, wonach die Russen einen Hauptmann des japanischen Generalkrabbes, der seit zwei Jahren in Russland in Sprachstudien sich aufhält, festgenommen haben. In der Wohnung des Hauptmanns wurde eine Droschka vorne nommen. Außerdem sind zwei japanische Dolmetscher gleichfalls von den russischen Behörden verhaftet worden.

Landtag.

Der Misstrauensantrag gegen die Regierung.

Sitzung vom 28. Februar 1924.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt Präsident Winkler mit, daß an Stelle des Abgeordneten Finanzministers Dr. Reinhold, der sein Mandat niedergelegt hat, Malermeister Fähnrich in den Landtag eingetreten sei. Der Abgeordnete, der dem Landtag früher schon einmal angehört hat, ist anwesend und wird vom Präsidenten begrüßt.

Abg. Böttcher (komm.) erklärt sodann zur Geschäftsausordnung folgendes:

Gestern sind in Dresden 66 Arbeiter verhaftet worden, darunter eine Reihe kommunistischer Stadtverordneter und der Landtagsabgeordnete Rechner. Meine Fraktion stellt den Antrag, dafür einzutreten, daß Rechner sofort aus der Haft zu entlassen ist. Wir fordern auch die Freilassung der freibürtigen Verhafteten.

Präsident Winkler (soz.): Das Polizeipräsidium hat auf telephonische Anfrage mitgeteilt, daß die Versammlung als Eisenbahnerversammlung angemeldet gewesen sei. Über die Gründe der Verhaftung war nichts zu erfahren. Es wurde gesagt, daß noch eine Reihe von Haussuchungen stattfinden und daß das beschlagnahmte Material erst gesichtet werden müsse. Bis zu diesem Zeitpunkt habe das Wehrkreiskommando angeordnet, auch den Abgeordneten Rechner noch in Haft zu behalten.

Der Landtag beschäftigt sich dann mit eiligen Anträgen auf Strafversorgungen von Abgeordneten. Es handelt sich hierbei um die Kommunisten Sievert Schneller und Böttcher. Gemäß dem Antrage des Rechtausschusses wird die Genehmigung zur Strafversorgung abgelehnt, auch in dem Falle Böttcher, wo als Delikt die Vorbereitung zu einem hochbürgerlichen Unternehmen in Frage kommt. Die Beschlüsse werden teils gegen die Stimmen der Bürgerlichen gestellt.

Der Landtag beschließt sodann gegen die Stimmen der Kommunisten, die Genehmigung zur Einleitung eines Dienststrafverfahrens gegen den Abg. Kratz zu erteilen.

Der Landtag wendet sich nun der Erledigung von Kapiteln des Nachtragsetats zu. Nach den Anträgen der Haushaltsschäfte werden u. a. verabschiedet die Kapitel Gendarmerieanstalt, Kriminalpolizei, Landespolizei, Polizeiländer. Die den Ausnahmezustand be-

treffenden Angelegenheiten werden gemeinsam behandelt. Zunächst begründet Abg. Bentler (dn.) den deutsch-nationalen

Misstrauensantrag gegen die Regierung.

Die Deutschen nationalen stellen fest: Die sächsische Regierung hat nichts getan, um für Sachsen den Ausnahmezustand über den 1. März hinaus aufrechtzuerhalten. Das wäre Pflicht der Regierung gewesen. Die Zustände sind in Sachsen nicht so, daß man auf eine Aufhebung zu kommen kann. Wenn heute darüber, ob der Ausnahmezustand aufgehoben werden soll oder nicht, im sächsischen Volke eine Abstimmung stattfinde — nicht im Parlament, denn das spiegelt den politischen Willen des Volkes nicht mehr klar wider —, dann wäre eine große Mehrheit sich für Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes ausgesprochen. Der Ausnahmezustand ist nicht Angriff, sondern Abwehr. Die Störung der öffentlichen Ordnung geht von den Herren Kommunisten aus. Eine Regierung, die sich nicht für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes einsetzt, verdient das Misstrauen des sächsischen Landtages und des sächsischen Volkes.

Präsident Winkler ruft den Raum, der während der Rede Bentlers besonders auf den Bänken der Kommunisten geherrscht hat.

Abg. Böttcher (komm.) begründet den Antrag seiner Partei, bei der Reichsregierung die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes zu beantragen. Vorziemlich leerem Hause führt Böttcher aus: Der Ausnahmezustand soll zum Ausserzustand erhoben werden. Er hat die allgemeine Notlage nicht zu mildern versucht, sondern hat im Gegenteil Not und Elend verschärft. Wir haben in Sachsen die niederste und brutrale Klassenjustiz, Schuh des Wuhers und Unternehmertums, Krafts Bedrückung der Arbeiterschaft.

Abg. Liebmann (soz.): Der Ausnahmezustand soll Ruhe und Ordnung im Sinne der kapitalistischen Ausbeutung aufrechterhalten. Er ist ein Instrument zur Niederherrschaft der Widerstände gegen die kapitalistische Unterdrückung. Die Dynamitanfälle, die den Ausnahmezustand rechtfertigen sollen, sind von Spath und Provolotow eingeschüchtert worden. (Widerbruch.) Die gegenwärtige Regierung hat nicht unser Vertrauen, aber wir sind nicht so töricht, einem aus einem so konservativen Kultus hervorgezogenen Antrag Vorbehalt zu leisten.

Abg. Polat (D. P.) begründet sodann drei Anträge seiner Partei. Die erste Anfrage wendet sich gegen das gewaltsame Eindringen in das Haus der Freimaurerloge in Aue, wo der Kastellon und zwei Mitglieder der Loge von den Kommunisten in der gemeinen Weise bestimmt und misshandelt worden sind. Die beiden anderen Anträge beschäftigen sich mit den Dynamitanfällen in Hohenstein-Ernstthal und den Terrorakten im Industriegebiet Aue-Schwarzenberg. Es würde die dortige Bevölkerung beruhigen, wenn die Regierung die Zusicherung gebe, daß die Gegend dauernd mit Schußwaffen belegt würde.

Darauf erklärt Ministerpräsident Heldt, der Ausnahmezustand sei vom Reich verhängt worden; die Länder seien dabei nicht gefragt worden. Diese Frage also gehört vor dem Reichstag. General Müller hat der gegenwärtigen Regierung erklärt, daß er alles tun werde, den Ausnahmezustand so unsichtbar wie möglich zu machen und nur dann einzutreten, wenn die Verhältnisse dazu zwingen. Es ist ein Alt der Gerechtigkeit, wenn ich hier in aller Öffentlichkeit erkläre, daß der Leiter des Wehrkreiskommandos diese Zusicherung erholt. Die sächsische Regierung werde alle verfügbaren Mittel anwenden, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Sodann gab der Ministerpräsident folgende Erklärung ab:

Nach einer mir soeben zugegangenen telefonischen Mitteilung hat sich die Reichsregierung zu folgendem entschlossen:

Der militärische Ausnahmezustand wird aufgehoben und zwar mit Wirkung vom 1. März. Außer Kraft gesetzt werden die Schußwaffenbefehle. In Kraft bleiben die Schußwaffenbefehle, die vom Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik erlassen worden sind. Aber auch diese Schußwaffenbefehle werden am 15. März außer Kraft gesetzt, sofern sie der Reichsminister des Innern nicht aufhebt oder erneuert. Der Reichsminister des Innern wird ermächtigt, zur Abwehr von Terror Maßnahmen in ergehen. Er kann diese Befreiung den Gewaltbehörden übertragen. Zu diesem Zweck können Grundrechte suspendiert werden. Lessentielle Versammlungen und Umzüge sind verboden. Die Rentenbehörden können Ausnahmen zulassen.

Abg. Kunisch (dn.) weist darauf hin, daß die kommunistischen Hundertschaften heute noch bestehen. Im Fraktionszimmer der Kommunisten im Landtag besteht eine Geheimhaltung, die Weisungen an die „Weltung“ unter Betrugsmaßnahmen mit der Aufschrift „Landtag des Freistaates Sachsen“ versendet. Wenn die Kommunisten am 1. oder 15. März aus der Schule entlassen werden, dann Gnade Gott unserem armen Vaterlande. Was Sie (an den Kommunisten) mit Sachen für Schindluder treiben, das steht nicht, sondern das steht zum Himmel.

Sturmzonen. Ablehnung des Misstrauensantrags.

Gegen Schluß der Sitzung ergreift eine Reihe der frischeren Redner das Wort zu persönlichen Bemerkungen. Das bringt die Kommunisten in mäßige Wut, die sich in lautem Geheul lindert, so daß Präsident Winkler die Abgeordneten Gilroth und Bösel, beide Kommunisten, von der Sitzung ausschließen muß. Trotzdem Präsident Winkler die Sitzung dreimal unterbricht, entfernen sich die Ausgeschlossenen nicht aus dem Saal. Von den Bänken der kommunistischen Fraktion wird ein Buch mit harter Einlage nach dem Kopf des Präsidenten geworfen. Es verfehlt sein Ziel und fällt auf dem Tische des Vizepräsidenten nieder.

Trotz des tosenden Lärms der Kommunisten gelingt es dem Präsidenten noch, die Abstimmung über den deutsch-nationalen Misstrauensantrag vorzunehmen. Er wird gegen die Stimmen der Deutschen nationalen und der Kommunisten bei Stimmenthaltung der 14 Linksozialisten mit den Stimmen der Koalitionsparteien abgelehnt.

Nach Winkler soll nicht ein Buch, sondern ein kleiner Schreibzeug geworfen worden sein. Der Präsident teilte übrigens mit, daß erst dann wieder eine Sitzung einberufen werden würde, wenn die Geschäftsordnung gesichert sei.

Von Stadt und Land.

Aue, 29. Februar.

Der Haushaltsschluß des sächsischen Landtages lehnte sowohl den Antrag auf Aufhebung der Marktstandgerichte als auch den deutsch-nationalen Antrag auf Aufhebung der Landespreisprüfungsstelle ab. Justizminister Bünker sagte zu, daß die Marktstandgerichte nicht gegen den ehrbaren Handel in Tätigkeit gezeigt werden sollen. Wirtschaftskammer Müller teilte mit, daß das Personal der Landespreisprüfungsstelle auf 4 bis 5 Jahre herabgesetzt werden sollte. Die Beratung der Vorlage über die Dienststellung der Beamten wurde zum fünftenmal vertagt, da noch immer keine Einigung zwischen Regierung und Fraktionen erzielt worden ist.

Verlauf anderer Ausschreiter-Akkordarten. Die Reichspostverwaltung verläuft ab 1. März nachberechnete außer Kurs gelegte Postfreimarken des Deutschen Reiches zu festgelegten Preisen freiabgängig. 1. Gebrauchsausgabe zur Deutschen Nationalversammlung zu 15 Pf., 2. Ausgabestempel (1), Ausgabe 1919, Querrechte, zu 10 und 40 Pf., 3. Ausgabe 1920, Nord und Süd, in Ossegrund, zu 2.50 Mark, 4. Ausgabe 1921, Bittermarken, Rautenwappenrechte zu 5, 10, 15, 25, 30 und 40 Pf., 5. Ausgabe 1922, Riffenrechte, Wappewappenrechte zu 25, 40, 50, 75 Pf. 6. Sonderausgabe zur deutschen Revolution in München zu 1½ und 2 Mark.

Das künstlerische Festprogramm der Leipziger Weihnachtswandlung verläuft ab 1. März nachberechnete außer Kurs gelegte Postfreimarken des Deutschen Reiches zu festgelegten Preisen freiabgängig. 1. Gebrauchsausgabe zur Deutschen Nationalversammlung zu 15 Pf., 2. Ausgabestempel (1), Ausgabe 1919, Querrechte, zu 10 und 40 Pf., 3. Ausgabe 1920, Nord und Süd, in Ossegrund, zu 2.50 Mark, 4. Ausgabe 1921, Bittermarken, Rautenwappenrechte zu 5, 10, 15, 25, 30 und 40 Pf., 5. Ausgabe 1922, Riffenrechte, Wappewappenrechte zu 25, 40, 50, 75 Pf. 6. Sonderausgabe zur deutschen Revolution in München zu 1½ und 2 Mark.

Das künstlerische Festprogramm der Leipziger Weihnachtswandlung für die Leipziger Frühjahrsmesse ist wiederum ein reichhaltiges künstlerisches Festprogramm zusammenge stellt, das die vermöhnsten Weißbacher befriedigen dürfte. Den Höhepunkt der Konzerte und musikalischen Veranstaltungen bildet auch auf dieser Weise wiederum am Weihnachtsstag ein Gewandhauskonzert mit Wilhelm Hartwig als Dirigent und Rosa Lind als Solistin. Zu nennen sind ferner ein Chor- und Orchesterabend des Niedel-Vereins in der Thomaskirche am Weihnachten, eine Motette des weltberühmten Thomannerhors in der Thomaskirche am Abend des Weihnachtsmontags, ein Chorkonzert der Singakademie und des Leipziger Männerhors in der Thomaskirche am Mittwochabend sowie die täglich stattfindenden Nachmittagskonzerte im Völkerschlachtdenkmal.

Das Spielprogramm der Leipziger Theater ist wiederum mit besonderer Sorgfalt zusammengestellt. Das Neue Theater verzeichnet, bei denen zum Teil berühmte ausführliche Sätze mitwirken. Zur Aufführung gelangen am 1. März „Waltz“, am 2. März „Carmen“, am 3. März „Salomé“, am 4. März „Cavalleria Rusticana“ und „Pajazzo“, am 5. März „Fra Diavolo“ und am 6. März „Hoffmanns Erzählungen“. Schauspiele und Lustspiele werden im städtischen Alten Theater, im Schauspielhaus und im Kleinen Theater gegeben, während das städtische Operentheater mit einigen beliebten Operettenschlagern aufwartet; der Bayern-Verein veranstaltet für seine Landsleute am Weihnachtsstag einen großen Abend im Polnengarten. Die großen Varietés „Kristall-Palast“ und „Drei Linden“ haben ein glänzendes Weihnachtsprogramm zusammengestellt, und auch die zahlreichen Cabarets und Lichtspielhäuser treten mit einem erstaunlichen und zeitgemäßen Programm auf.

Entlassfeier in der Oberrealschule. Am Freitag, 29. Februar wurden die 14 Abiturienten (darunter 2 Mädchen) der Auer Oberrealschule feierlich entlassen. Nach dem ehrenhaften allgemeinen Gesang des Liedes „Wir sind“ hat mich Gott gebraucht“ trug die Oberrealschüler Eva Weigel einen Einzelgesang; „Gebet“ von Höller vor. Es folgte die Abschiedsrede des Abiturienten Aichinger, dem der Unterprimaier Weinholt im Namen der in der Schule zurückbleibenden Schüler erwiderte. Unterprimaier Weinholt hatte den abgehenden Kameraden zu Ehren ein „Geleit“ bestelltes Gedicht vorfahl, das er selbst vorlegte. Nach dem Chorgesang: „Lebewohl von J. A. P. Schulz ergreifte der Rector der Schule, Prof. Aichinger das Wort zu seiner Entlassungsrede, der den 2. der Spalte des Konfusius von Schiller zugrunde legte. Er richtete an die Abgehenden die dreisilige Mahnung: rostlos vorwärts streben, ins Freie sich entfalten und in die Tiefe stolzen. Freude erhielten die Abiturienten Puschmann und Weinholt, und zwar ersterer einen vom Verein ehemaliger Real- und Oberrealschüler zu Aue gesetzten Geldpreis, Ich-

